

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 83 (2003)
Heft: 4

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ludwig Watzal

ZUR RENAISSANCE DER NATIONALSTAATEN

Zunehmende Fliehkräfte in der EU

Der Epochenbruch im internationalen System ereignete sich nicht 1989 mit dem Ende des Warschauer Paktes, sondern mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Letztere haben die internationalen Beziehungen revolutioniert. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Nato oder die EU sind am Ende ihres Lateins angekommen, wenn die amerikanische Hypermacht ihren Willen durchsetzen will. Die Nato als kollektives Bündnis ist ein Anachronismus, und die Vereinten Nationen sind für irrelevant erklärt worden. Mit dem Irak-Krieg ist Europa als letzte verbliebene Utopie nicht nur den Linken, sondern auch den Konservativen abhanden gekommen. Die Sehnsuchtsvokabel «Europa» wird zur Fata Morgana. Das Gebilde ist zu einer Fluchtburg der politischen Illusionen geworden. Die Handlungsunfähigkeit Europas als eigenständiger politischer Akteur war spätestens seit dem «Kampf gegen der Terror» evident, als US-Präsident *George W. Bush* zusammen mit seinem Partner, dem englischen Ministerpräsidenten *Tony Blair*, zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus blies. Die Nationalstaaten handelten, die internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen und Nato legitimierten die Angriffe in Afghanistan, und die EU war für die Beseitigung der Kollateralschäden zuständig. Hierin besteht auch ihre Rolle nach dem Ende des Irak-Krieges. Einige weitsichtige Aussenminister wie die Frankreichs und Deutschlands haben dazu ihre Bereitschaft bereits signalisiert.

Die Politik der Bush-Regierung hat die internationale Staatengemeinschaft in ihrer alten Form durch ihre manichäische Rhetorik nicht nur gespalten, sondern letztlich zerstört. Es gibt jetzt ein «altes» und ein «neues» Europa. Deutschland ist in eine «Friedens-» und «Kriegskoalition» gespalten. Jahrzehntelang geltende Werte wurden über Bord geworfen. Die UN-Charta und das Völkerrecht, die einen Angriffskrieg verbieten, sind durch die sogenannte Bush-Doktrin ersetzt worden: Präventivkriege gelten seitdem als legitime Instrumente zur Durchsetzung politischer Ziele gegen das völkerrechtlich verbrieft Selbstbestimmungsrecht. Der Krieg ist eine Angelegenheit einer «Koalition der Willigen» geworden.

Glaubt man den Aussagen einiger US-Strategen, dann ist der Sturz des Regimes *Saddam Husseins* noch nicht der letzte Streich.

Welche Lehren sollte die EU aus dieser Entwicklung für den weiteren Integrationsprozess ziehen? Zuerst müssen sich die politischen Eliten mit den Widersprüchen des Integrationsprozesses auseinandersetzen. Dazu gehört, dass dem Europäischen Parlament ein europäischer Demos fehlt. Die politischen Eliten müssen Abschied nehmen von ihrer Illusion der «Vereinigten Staaten Europas». Das Gerede von einer «postnationalen Konstellation» oder eines «Euronationalismus» widerspricht den Aspirationen der neu aufgenommenen Staaten. Selbst wenn bei der heutigen Weltlage eine machtvolle EU wünschenswert wäre, stellt sich die Frage, ob diese Vorstellung der Realität entspricht. Noch bevor die Erweiterung offiziell in Kraft treten wird, zeigen sich schon erste zentrifugale Tendenzen. Der «Scheidungsbrief» der acht Staats- und Regierungschefs war nicht nur eine Ergebnissadresse an US-Präsident Bush, sondern auch ein Misstrauensvotum an die deutsch-französische Vorherrschaft in der EU.

Die gemeinsame Aussenpolitik wird durch die EU nicht gefördert, sondern eher behindert, weil die Gemeinschaft keine politische Souveränität besitzt. Der Druck des Welthegemons USA wird die politischen Fliehkräfte innerhalb der EU weiter vorantreiben. Nur die ökonomischen Interessen des «alten» und «neuen» Europas werden das Gebilde zusammenhalten. Um das Funktionieren der Gemeinschaft auch für die Zukunft zu sichern, wurde ein Verfassungskonvent einberufen. Sollte dieser Konvent überhaupt irgendein Ziel erreichen, dann bestimmt nicht «die konstitutionelle Neugründung Europas», wie dies Deutschlands Aussenminister *Joschka Fischer* euphorisch genannt hat, sondern höchstens eine Bestandgarantie für den *status quo*. Wenn die Sehnsuchtsvokabel Europa politisch einen Sinn ergeben soll, dann nur in Form eines «Europa der Nationen». ♦

LUDWIG WATZAL, geboren 1950, promovierte in Politikwissenschaft und Philosophie und ist Redaktor und Publizist in Bonn. Es ist Autor des Buches «Feinde des Friedens, Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern», Berlin 2002.

Tito Tettamanti

IRAK, CHIRAC, EU UND DIE SCHWEIZ

Neue weltpolitische und europäische Konstellationen

Im Krieg gegen *Saddam Hussein* ist das Erdöl wohl nicht das ausschlaggebende Motiv. Erdöl wird weltweit in ausreichender Menge angeboten und die Produzenten haben auch ein Interesse, es zu verkaufen. Plausibler ist die These, dass ein Kriegsgrund bei der tiefen Verstimmung liegen könnte, welche in den USA die (vor allem finanzielle) Unterstützung der islamistischen Terroristen durch die arabische Welt bewirkt hat. Dass Saudiarabien, das Herkunftsland *Bin Ladens*, mindestens indirekt die Al-Kaïda unterstützt, wollen die USA nicht einfach hinnehmen. Ein Krieg gegen das offiziell befreundete Saudiarabien, in dem auch Mekka, die heilige Stadt des Islam liegt, kommt aber aus einsichtigen Gründen nicht in Frage. Die Kontrolle über einen besiegten Irak wird aber die Position der USA gegenüber Saudiarabien in strategischer und in wirtschaftlicher Hinsicht massiv stärken.

Inzwischen wird aber immer deutlicher, dass der Kernbereich der Machtprobe nicht den Irak betrifft, sondern das Verhältnis zwischen den USA und ihren (ehemaligen?) Alliierten. Letztlich geht es um die globale *Leadership* im 21. Jahrhundert, um ein neues Gleichgewicht der Mächte und um die Vormachtstellung der USA. Nicht nur das bipolare System der Nachkriegszeit ist in den Neunzigerjahren weggefallen, auch das (stets labile) Gleichgewicht des «Westfälischen Friedens» von 1648 und des Versailler Vertrags von 1919 gehören definitiv der Geschichte an. Die Uno hat als Organisation einmal mehr ihre weltstrategische Irrelevanz bewiesen. Im neuen weltpolitischen Machtpoker hat Frankreichs Präsident *Jacques Chirac*, der sich als ein Nachfolger von *Charles de Gaulle* sieht, eine seinem Temperament und seiner Vision von Europa entsprechende Situation gewittert. Er hat die wirtschaftlich und politisch schwache Position von Bundeskanzler *Schröder* geschickt ausgenutzt, um seiner Idee eines «Europa der zwei Geschwindigkeiten» Nachdruck zu verleihen. Frankreich ist bekanntlich gegen die Osterweiterung, da sich die ehemaligen Ostblockstaaten – ungeachtet gewisser historischer Verbindungen mit Frankreich – wirtschaftlich und geopolitisch mehr an Berlin als an Paris anlehnen.

Ein Europa aus 25 gleichberechtigten Staaten würde auch den in Frankreich seit Jahrhunderten un-

geliebten Briten noch mehr Möglichkeiten bieten, die jakobinisch inspirierten, technokratischen, dirigistischen Ideen der Brüsseler Bürokratie zu hemmen. Chiracs Tirade gegen die Beitrittskandidaten, die sich erlaubt haben, für die USA zu optieren, spricht da eine deutliche Sprache. Es war dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich indirekt gegen die Osterweiterung zu artikulieren.

Was ist die Traumstrategie des gaullistischen Frankreich? Ein kohärentes Kerneuropa (gebildet aus den sechs Gründerstaaten Frankreich, Deutschland, Italien und Benelux), das praktisch von Frankreich geführt wird. Es wäre genügend stark, um einen Block zu bilden, der es Chirac und seinen Nachfolgern erlaubt, auf dem globalen Parkett wieder eine Rolle zu spielen. Ein solches Europa hätte (wirtschaftlich, und vielleicht auch politisch) genügend Gewicht, um im Spiel der Allianzen zwischen den künftigen politischen Blöcken (Russland, China, eventuell Japan und eines Tages vielleicht auch Indien) und den immer noch wichtigen USA bestimmend mitzuwirken. Die übrigen Staaten Europas könnten Mitglieder einer sehr liberalen Wirtschaftlichen Union sein, in welcher Grossbritannien und Spanien (denen Chirac nicht traut) wohl die treibenden Kräfte wären. Hat Chirac Illusionen? Mag sein, aber für uns Schweizer wäre eine solche Teilung Europas nicht uninteressant. In einem neuen liberalen, wirtschaftlich flexiblen Gebilde ausserhalb des bürokratischen EU-Interventionismus könnte möglicherweise auch die Schweiz ihren Platz finden.

Vielleicht findet unsere wirblige Aussenministerin Frau *Calmy-Rey* zwischen einer Kurzlektion an *Colin Powell* und einem weiteren Statement zum Thema Krieg und Frieden einen Augenblick Zeit, um darüber nachzudenken, wie wir diese neue geopolitische Situation für unsere Interessen ausnutzen könnten. Ich sage bewusst «Interessen», denn seit dem Realisten *Hans Morgenthau* (der *Henry Kissingers* Lehrer war), wissen wir, dass es zwischen Staaten keine Freundschaft gibt, wohl aber eine mehr oder weniger intelligente Wahrung von Interessen. ♦

TITO TETTAMANTI, Dr. iur., ist Unternehmer und präsidiert den Verein Zivilgesellschaft. Er ist Autor mehrerer Bücher über aktuelle politische und wirtschaftliche Themen.

Konrad Hummler

HANDSCHLAG UND HANDEL GEHÖREN ZUSAMMEN

Deutschlands Inflexibilität ist hausgemacht

Europa wird im Jahr 2003 wirtschaftlich mit nicht wesentlich mehr als 1 bis 1,5 Prozent wachsen. Das ist wenig, zu wenig, um den Hunger der Staatskassen zu stillen, und viel zu wenig, um die längerfristigen sozialstaatlichen Verpflichtungen als glaubhaft finanzierbar erscheinen zu lassen. Deutschland, das wirtschaftlich wichtigste Land Europas, leidet ganz besonders unter der hausgemachten Anpassungsunfähigkeit seiner Strukturen. Verfolgt man die Veränderungen der Arbeitslosenquote im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum, fällt auf, dass in Deutschland selbst bei höherem Wirtschaftswachstum die Arbeitslosenquote nicht sinkt, umgekehrt aber auch nicht steigt, wenn die Nachfrage nach Arbeit aus konjunkturellen Gründen tiefer liegt. Mit anderen Worten: Die deutschen Unternehmungen rühren die Bestandeszahl ihrer Arbeitskräfte nicht an – sie entlassen nicht und bauen nicht ab, wenn dies betriebswirtschaftlich geboten wäre, sie stellen aber auch nicht ein, wenn sich dies rechtfertigen liesse.

Unflexibler Arbeitsmarkt Deutschland

Der Faktor Arbeit ist eine der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Grössen, welche, selbstverständlich unter Wahrung des Anstands und unter Einhaltung sozialstaatlicher Rahmenbedingungen, zur unternehmerischen Handlungsfreiheit gehören müsste. Die Inflexibilität betrifft nicht nur die Einstellung und die Entlassung, sondern auch betriebliche Umstellungen wie beispielsweise die Einführung einer Nachtschicht und dergleichen.

Deutschland leidet an äusserst ungünstigen steuerlichen Anreizsituationen zur Gründung neuer Unternehmungen. Die tariflichen Hürden werden ergänzt durch eine kafkaeske Situation im regulatorischen Bereich. Wie frustrierend der Umgang mit deutschen Bewilligungsbehörden sein kann, muss man einmal erlebt haben. Fortan lässt man die Idee, dort wirtschaftlich tätig zu werden, für immer bleiben.

Ob Deutschland und mithin Europa wieder einmal zu gesunder Wertschöpfung zurückkehren kann, bleibt fraglich. Die Reform des Sozialsystems unter den sich verschärfenden Bedingungen der demografischen Gegebenheiten, die verkrusteten Faktor-

märkte sind denkbar schlechte Voraussetzungen für das wirtschaftliche Überleben in einer Welt, die vor allem eines fordern wird: Anpassungsfähigkeit an immer neue Rahmenbedingungen. Der Programmierer in Bombay und der Textilarbeiter in Shanghai werden keine Rücksicht nehmen auf Herrn Schulze, der keine Nachtschicht leisten will.

*Europa verfügt immer noch über
eine funktionierende Zivilgesellschaft,
in der Anstand, Achtung und
gegenseitiges Vertrauen
den Normalfall der gesellschaftlichen
Interaktion ausmachen.*

Europa hätte einen gewichtigen Vorteil gegenüber dem Rest der Welt, gegenüber Amerika mit seinem gefährlich werdenden Rechtssystem, gegenüber China und Indien mit ihren Defiziten im Bereich der Rechtssicherheit und ganz klar gegenüber dem *Belt of Crooks*, wo Rechtsstaatlichkeit ohnehin ein Fremdwort ist. Europa verfügt immer noch über eine funktionierende Zivilgesellschaft, in der Anstand, Achtung und gegenseitiges Vertrauen den Normalfall der gesellschaftlichen Interaktion ausmachen. Diese Qualität liesse sich auch aufrechterhalten, wenn die Mitglieder der Gesellschaft älter werden – vielleicht dann ganz besonders! Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft bedingen sich gegenseitig. Ihr immenser ökonomischer Vorteil liegt in deutlich niedrigeren Informations- und Transaktionskosten. Wo der Handschlag noch möglich ist, kann auch der Handel blühen. ♦

KONRAD HUMMLER, geboren 1953, studierte an der Universität Zürich Jurisprudenz und in Rochester (N.Y.) Ökonomie. Er ist seit 1991 Teilhaber von Wegelin & Co., Privatbankiers, St. Gallen, Zürich, Bern und Lugano und Autor verschiedener politökonomischer Studien sowie der Wegelin Anlagekommentare. Der hier abgedruckte Text ist ein Auszug aus dem Anlagekommentar 220 vom 13. Januar 2003.

Ulrich Pfister

ÜBER KOSTSPIELIGE INITIATIVEN UND EINE ABGESPECKTE ARMEE

Im Mai entscheidet die Schweiz über neun Abstimmungsvorlagen

Am 18. Mai wird der Schweizer Stimmbürgerschaft ein grosses Fuder an Abstimmungsvorlagen zugemutet – nicht weniger als sieben Volksinitiativen und zusätzlich zwei eher unerwartete Gesetzesreferenden zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz. In Wahljahren ist eine derartige Häufung fast unvermeidlich, zumal sich Bundesrat und Parlament eine rigorosere Disziplin bei der Behandlung von Initiativen verordnet haben. So ist denn die direkte Demokratie einmal mehr gefordert, sowohl die Stimmberechtigten, wenn sie sich über das breite Spektrum komplexer Sachverhalte seriös ins Bild setzen wollen, als auch die Behörden, Parteien, Interessengruppen und Medien, die sie ihnen informativ und kontrovers vermitteln sollten. Im Vergleich zum parlamentarischen Prozess ist dieser letzte Akt der staatlichen Willensbildung kurz und schmerzlos – der Souverän ist niemandem Rechenschaft schuldig. Es wäre ein Leichtes nachzuweisen, wie wenig sachlich fundiert diese Entscheidungen gefällt werden, wie stark Emotionen in den Kampagnen angesprochen werden können. Und trotzdem erweist sich immer wieder, dass das «Volk» Versprechungen und Konsequenzen – vor allem finanzieller Art – intuitiv und nüchtern abzuwägen versteht.

Die sieben Initiativen enthalten durchwegs verlockende Versprechungen, aber sie haben alle ihren stolzen Preis, einerseits in Form zusätzlicher staatlicher Regulierungen, andererseits in Form von umverteilten oder zusätzlichen Kosten in insgesamt zweistelliger Milliardenhöhe in den nächsten Jahren. Dies in einer Zeit, da die Finanzierbarkeit schon des bisher erreichten wohlfahrtsstaatlichen Niveaus zu Bedenken und Ängsten Anlass gibt. Die «Wirtschaft» lehnt die Initiativen unisono als untragbar ab. Nun werden Empfehlungen der Wirtschaft derzeit eher mit Skepsis aufgenommen, aber dass wirtschaftlich eben doch alle im selben Boot sitzen und auch der Service public bezahlbar bleiben muss, haben die Ereignisse der letzten Zeit deutlich vor Augen geführt.

Die einzigen Vorlagen, die nicht zusätzliche Kosten verursachen, sondern im Gegenteil Anpassungen an ein immer enger werdendes Korsett vornehmen, sind jene über die Armee und den Bevölkerungsschutz. Nur liegt darin nicht primär der Streitpunkt,

der zu den Referenden geführt hat. Allerdings wäre die Weiterführung der Armee in den bisherigen Strukturen, mit den bisherigen Beständen und der dafür benötigten zeitgemässen Ausrüstung mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln schlicht nicht mehr finanzierbar. Sie findet auch das benötigte Kaderpersonal nicht mehr. Man mag über konzeptionelle Fragen streiten, aber ohne die auf Rationalisierung und Straffung angelegte Reform droht die Armee auszubluten und ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Die Diskussion über die Konzeption wird ohnehin weitergehen.

Die Diskussion über die Konzeption wird ohnehin weitergehen, weil die Sicherheitspolitik sich den unabwehrbaren Veränderungen der internationalen Lage mit der nötigen Beweglichkeit anpassen muss. Dass die Armeeaufträge heute anders gewichtet werden müssen als vor fünfzehn Jahren, leuchtet auch einem noch traditionell geschulten Offizier ein; dass der ursprüngliche Verteidigungsauftrag in neuen Bedrohungsformen wieder einmal aktuell werden könnte, muss freilich ebenfalls einkalkuliert werden. Das Milizsystem wird im entscheidenden Punkt, der allgemeinen Wehrpflicht, beibehalten. Aber seine Ausgestaltung wird modifiziert, weil die jahrzehntelange Verfügbarkeit weder der Armee einen wirklichen Nutzen bringt, noch mit den veränderten Ansprüchen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbar ist. Die Wirtschaft steht bei der Armeestimmung gewissermassen Gewehr bei Fuss, obwohl sie eine substanzielle Entlastung erfährt. Aber unter den Kaderleuten, auf die sowohl die Wirtschaft wie die Armee angewiesen sind, ist die Abstimmung längst vorweggenommen worden. Und mit jenen, die noch nostalgischen Milizvorstellungen anhängen, lässt sich die überdimensionierte Armee auch nicht weiter führen – sie haben bereits ausgedient. ♦

Carlo Jagmetti

UNEINGELÖSTER KLÄRUNGSBEDARF

Eine sachliche Debatte zur Militärgesetzrevision steht noch aus

Das im Mai zur Volksabstimmung gelangende Referendum gegen die Militärgesetzrevision betrifft eine Redimensionierung und eine organisatorische Neugruppierung der Armee. Schon heute gestattet unser Militärgesetz Auslandseinsätze mit Waffen. Hinsichtlich der Nato wird beteuert, dass keine Mitgliedschaft angestrebt werde. In bezug auf die EU besteht bekanntlich das sogenannte strategische Ziel des Bundesrates darin, die Schweiz zum Mitglied der Union zu machen. Verglichen mit der Situation von 1989 wird klar, dass sich unsere internen Konzepte und damit auch die Aussenbeziehungen unseres Landes nicht einfach weiterentwickelt, sondern fundamental gewandelt haben. Schon heute liegen Tatsachen vor, die Voraussetzungen dafür schaffen, in weiteren kleinen Schritten eine epochale und folgenschwere Kursänderung zu vollziehen. Was an dieser Evolution bzw. Revolution zutiefst beunruhigt, ist der Umstand, dass die Bedeutung des Wandels heruntergespielt und eine tiefgehende Grundsatzdiskussion innerhalb des Souveräns einerseits und zwischen dem Souverän und den Gewählten andererseits vermieden wird. Für die nutzbringende Durchführung einer derartigen Debatte muss man weder über die den Politikern vorbehaltenen Informationen verfügen, noch politischer Experte, Akademiker oder sonst wie Spezialist sein. Denn die grundsätzlichen Fragen sind im Grunde genommen einfach, wie zum Beispiel die folgenden:

- Wie unabhängig und souverän will die Schweiz in Zukunft sein?
- Kann und will die Schweiz ihre Neutralität aufgeben?
- Sollen Elemente der direkten Demokratie aufgegeben werden?
- Ist die föderalistische Struktur unseres Staates beizubehalten?
- Ist die Schweiz bereit, zur Wahrung ihrer Interessen neue Wege zu gehen?
- Will sich die Schweiz in diesem Sinne in supranationale Strukturen (sprich EU) und/oder in Paktorganisationen (sprich Nato) integrieren?

Bei diesen Fragen geht es um grundsätzliche und letztlich einfache Dinge. In der Substanz betreffen sie aber Kopf und Herz unserer Eidgenossenschaft. Und wenn es um diese Kernfragen geht, ist jede Schweizerin und jeder Schweizer diskussionsfähig. Allerdings müssen die Fragen auch einfach, unverschnörkelt

und ehrlich gestellt werden. Konzeptionswechsel dürfen nicht aufgrund von lauter kleinen, aber irreversiblen Schritten vollzogen werden. Auch wären mit der nötigen objektiven Information – und nicht etwa mit behördlicher Propaganda – und mit der Bereitstellung seriöser Diskussionsforen bestmögliche Voraussetzungen für eine ernsthafte Debatte zu schaffen. Ehrlicher Weise müssen wir zugeben, dass vor den Abstimmungen über die Totalrevision der Bundesverfassung und über die Revision des Militärgesetzes im Hinblick auf Auslandseinsätze keine tiefgehende Debatte stattfand und auch die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen wurden.

Es geht auch heute letztlich immer noch darum, der Schweiz eine starke, im Wesentlichen auf dem Milizsystem basierende und den modernen Bedrohungen und Erfordernissen gegenüber langfristig glaubwürdige Armee zu sichern. Dabei ist den Vorschriften der Bundesverfassung ehrlich und eindeutig nachzuleben, das Neutralitätsrecht in restriktiver Auslegung streng zu beachten und eine langfristig überzeugende Neutralitätspolitik zu betreiben. Wenn man von dieser traditionellen, aber in unserer Geschichte bewährten und – bis zum Beweis des Gegenteils – keineswegs überholten Betrachtungsweise abweichen will, muss darüber mit dem Souverän eine umfassende und ernsthafte Grundsatzdiskussion geführt werden, bevor durch den weiteren Schritt der Einführung der Armee XXI ein *fait accompli* geschaffen wird, das nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger, die bei der Abstimmung vom 18. Mai 2003 die Vorlage Armee XXI ablehnen werden, im Widerspruch steht zu unseren heute noch gültigen Grundsätzen. Sollten Volk und Stände nach gründlicher und ehrlicher Debatte und im Bewusstsein um alle möglichen Folgen eines Tages eine fundamentale Kursänderung beschliessen, wird dies nach richtigem Demokratieverständnis zu respektieren sein. Es wäre aber schade um die Schweiz, wenn sie sich fundamental neu ausrichten würde, ohne sich vorgängig mit der Bedeutung und den Folgen einer solchen Neuorientierung seriös befasst zu haben. ♦

CARLO JAGMETTI, geboren 1932, Dr. iur., ist seit 35 Jahren im diplomatischen Dienst, mit Stationen in Bern, Rom, London, Saigon, Genf. Er war Botschafter in Südkorea, bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, in Frankreich und in den USA (1993–1997). Er ist Autor des Buches *Alte Schatten, Neue Schatten*, NZZ-Verlag, Zürich 2002.

Woldemar Muischneek

IM ZWEIFELSFALL ENTSCHIEDET DIE WIRKLICHKEIT

Ohne Kernenergie landet die Schweiz in einer Sackgasse

«Hauptziele der schweizerischen Energiepolitik sind: billige, ausreichende und sichere Energieversorgung ohne einseitige Abhängigkeit; Schutz der Gewässer und Reinhaltung der Luft. Massnahmen: a) Der zusätzliche Bedarf an elektrischer Energie ist in erster Linie durch Kernkraftwerke zu decken, die vom Bund zu fördern sind.» Dieses Zitat stammt aus der Wahlplattform 1967 der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Die Verteufelung der Kernenergie, wie sie die SP im Abstimmungskampf um ihre Ausstiegs- und Moratoriums-Initiativen betreibt, ist also alles andere als ein ur-sozialdemokratisches Dogma. Im Gegenteil: Die energiepolitische Weichenstellung gegen die fossilen Energiequellen (Erdöl und Kohle) ist in den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren von der SP vorbehaltlos und entschieden mitbestimmt worden.

Diese Weichenstellung – von internationalen Gremien hochgelobt – hat dazu beigetragen, dass die Kernenergie in den vergangenen drei Jahrzehnten in den OECD-Ländern den grössten Beitrag zur Verminderung der Kohlenstoffintensität der Energieproduktion geleistet hat. Man hat ausgerechnet, dass ein weltweiter Ersatz der über 400 stromproduzierenden Kernkraftwerke durch Kohlekraftwerke gleicher Kapazität zu jährlichen Mehrimmissionen von etwa 2600 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre führen würde. Ein solcher «Total-Ersatz» wird natürlich nie erfolgen. Tatsache bleibt aber, dass anstelle nicht gebauter Kernkraftwerke (Österreich) oder des jüngst abgestellten schwedischen Werks Barsebäck «Kohle-Strom» und nicht etwa «Wind-Strom» die Versorgungslücken füllt.

Ist es angesichts dieser Wirklichkeit vermessen, die bestehenden Kernkraftwerke unseres Landes, solange sie als sicher gelten und wirtschaftlich produzieren, als wesentlichen Pfeiler einer schweizerischen Energie- und Klimapolitik beizubehalten?

Es gibt im Schweizervolk offensichtlich keine «Grundwelle» für einen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Ausstiegs- wie die Moratoriums-Initiative sind – obwohl von der SP unterstützt – erst im letzten Moment vor Ablauf der Sammelfrist zustande gekommen. Auch die Landesregierung und der zuständige Departementschef Bundesrat *Leuenberger*

bleiben beim Fazit des 1997 abgeschlossenen Energiedialogs: «Die bestehenden Kernkraftwerke sollen weiter betrieben werden, solange ihre Sicherheit gewährleistet ist.» Dieser Grundsatz ist nun auch im revidierten Kernenergiegesetz von den eidgenössischen Räten bestätigt worden. Die Kontrolle der Sicherheit ist eine Angelegenheit des Staates, der die Sicherheitsanforderungen formuliert, ständig weiterentwickelt und deren Erfüllung streng überwacht. Obwohl die Ausstiegs-Initianten die Aufsichtsbehörden immer wieder diffamieren und attackieren, zeigt die hohe Verfügbarkeit der schweizerischen Kernkraftwerke, die in jeder Hinsicht weltweit eine Spitzenstellung einnehmen, deren hohen Sicherheitsstandard. Und was die Wirtschaftlichkeit betrifft, so werden darüber auch in Zukunft (in einem immer mehr liberalisierten Strommarkt) die Betreiber der Werke entscheiden. Weshalb sollen denn, solange die staatlichen Aufsichtsbehörden die Sicherheitsanforderungen als erfüllt und die Betreiber der Werke die Stromproduktion als wirtschaftlich taxieren, mit diesen willkürlichen Ausstiegs- und Moratoriums-Initiativen jetzt ohne Not volkswirtschaftliche Werte von Dutzenden von Milliarden Franken unwiederbringlich zerstört und ein verhängnisvoller Rückschritt in unserer Klimapolitik getan werden? Die Alternative zur Deckung des schweizerischen Strombedarfs wären bei einem Ausstieg eben nicht die sogenannten – seit Jahrzehnten mit Steuergeldern und teilweise über den Strompreis subventionierten – Alternativenergien, die noch lange Zeit Komplementärenergien bleiben werden, sondern zur Hauptsache fossile Energiequellen (oder Kernenergie aus dem Ausland). Das wäre nicht der Weg einer glaubwürdigen Energie- und Klimapolitik.

Im Zweifelsfall entscheidet die Wirklichkeit – sie macht deutlich, dass uns die Annahme der beiden Ausstiegsinitiativen (die Moratoriumsinitiative ist letztlich auch eine Ausstiegsinitiative) in eine energie- und umweltpolitische Sackgasse mit schlimmen Folgen führen würde. ♦

WOLDEMAR MUISCHNEEK studierte in Zürich, Berlin und Tübingen Geschichte, Philosophie und Germanistik und war bis 2001 Bundeshausredaktor der Aargauer Zeitung.